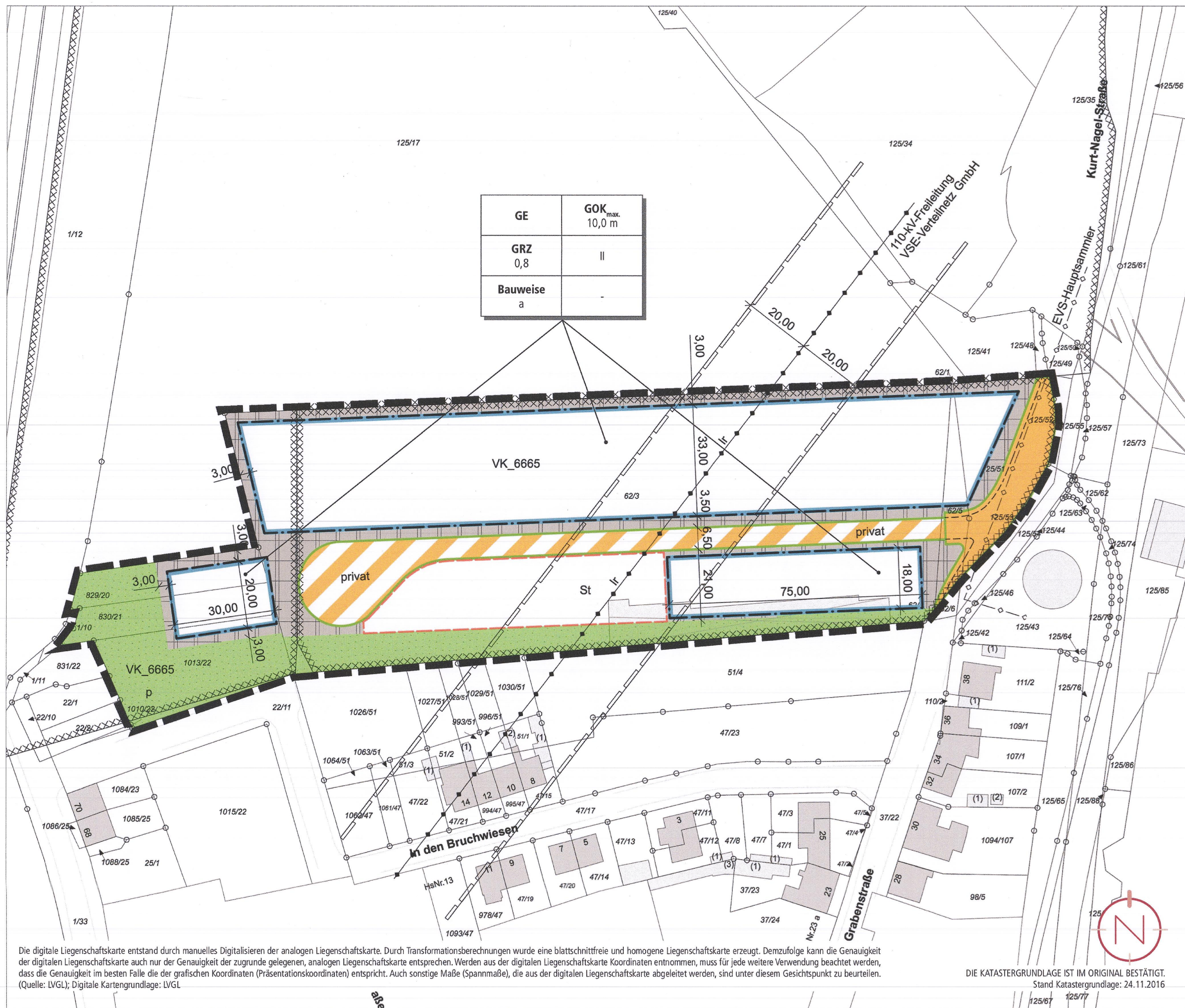


## TEIL A: PLANZEICHNUNG



## STÄDTEBAULICHES KONZEPT



### PLANZEICHENERLÄUTERUNG

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 Abs. 7 BAUGB)
	GEWERBEGEBIET (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB UND § 8 BAUNVO)
	HÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HÖCHSTMASS; HIER: MAXIMAL ZULÄSSIGE GEBÄUDEOBERKANTE (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB UND § 18 BAUNVO)
	GRUNDFLÄCHENZAH (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO)
	ZAH DER VOLLGESCHOSSE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB UND § 22 BAUNVO)
	ABWEICHENDE BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB UND § 22 Abs. 3 BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BAUGB UND § 23 Abs. 3 BAUNVO)
	FLÄCHE FÜR STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BAUGB)
	ÖFFENTLICHE VERKEHRSLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BAUGB)
	VERKEHRSLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG; HIER: PRIVATE ERSCHLIESSUNGSSTRASSE (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BAUGB)
	UNTERIRDISCHE HAUPTABWASSERLEITUNGEN; HIER: EVS-HAUPTSAMMLER (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB)
	OBERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN; HIER: 20-KV-FREILEITUNG / 110/20-KV-FREILEITUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BAUGB)
	PRIVATE GRÜNLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BAUGB)
	MIT LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BAUGB)
	FLÄCHEN, DEREN BÖDEN ERBLICH MIT UMWELTGEFÄHRDENDEN STOFFEN BELASTET SIND; HIER: ALTSTÄNDEVERDÄCHTIGKEIT „VK_6665“ / ALTSTÄNDE „VK_6650“ (§ 9 Abs. 5 Nr. 3 UND Abs. 6 BAUGB)
ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE	

## TEIL B: TEXTTEIL

### FESTSETZUNGEN (§ 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO)

<b>1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 8 BAUNVO	Siehe Plan.
<b>1.1 GEWERBEGEBIET GE</b>	Gem. § 8 BauNVO
zulässig sind:	Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO
1. Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe.	
2. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude.	
ausnahmsweise zulässig sind:	Gem. § 8 Abs. 3 BauNVO
1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumaße untergeordnet sind.	
nicht zulässig sind:	Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5 BauNVO
1. Anlagen für sportliche Zwecke.	
2. Tankstellen.	
Gem. § 8 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO	
1. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.	
2. Vergnügungsstätten.	
Gem. § 8 Abs. 2 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO	
Läden mit Geschäfts- und Verkaufsfunktion für Sexartikel (Sexshops und Videotheken) und sonstige Gewerbebetriebe, in denen sexuelle Tätigkeiten gewerblich ausgeübt oder angeboten werden (Bordelle bzw. bordellähnliche Betriebe einschließlich Wohnprostitution).	
Es sind nur solche Nutzungen zulässig, die die angrenzende Nutzung nicht über das zulässige Maß hinaus beeinträchtigen. Alternativ sind aktive Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen.	
<b>2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. §§ 16-21A BAUNVO	
<b>2.1 HÖHE BAULICHER ANLAGEN</b> GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO	Siehe Plan. Die maximale zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird auf 10,0 m festgesetzt. Maßgebender oberer Bezugspunkt für die maximale Höhe ist die Oberkante der baulichen und sonstigen Anlagen (Gebäudeoberkante, Attika, etc.). Unterer Bezugspunkt für die maximale Höhe baulicher und sonstiger Anlagen ist die Oberkante der privaten Erschließungsstraße gemessen an der straßenseitigen Gebäudemitte.

**2.2 GRUNDFLÄCHENZAH**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO

Siehe Plan.  
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO auf 0,8 festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14,
- bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

Siehe Plan.

Die max. zulässige Anzahl der Vollgeschosse wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO auf zwei festgesetzt.

**2.3 ZAH DER VOLLGESCHOSSE**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 22 BAUNVO

Siehe Plan.

Als Bauweise wird gem. § 22 Abs. 4 BauNVO eine abweichende Bauweise (a) festgesetzt. Demnach sind Gebäude bis zu einer Länge von max. 30 m zulässig. Die seitlichen Grenzabstände können unterschritten werden.

**4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSLÄCHEN**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB I.V.M. § 23 BAUNVO

Siehe Plan.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Baugelbiet gelegenen Grundstücke oder des Baugelbietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind befestigte Lager- und Abstellflächen, Stellplätze, Zufahrten, Zugänge, Wege und weitere Erschließungselemente zulässig. Innerhalb der entsprechenden Fläche für Stellplätze und Nebenanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB.

Siehe Plan.

Im Gewerbegebiet sind Stellplätze und Nebenanlagen in den dafür festgesetzten Flächen sowie innerhalb des Baufestes zulässig. Innerhalb der entsprechenden festgesetzten Flächen ist als Nebenanlage ein Blockheizkraftwerk zulässig.

**5. FLÄCHE FÜR STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

Siehe Plan.

**6. ÖFFENTLICHE VERKEHRSLÄCHE**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.

Die Anbindung des Gewerbegebietes an die Kurt-Nagel-Straße wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung; Hier: Private Erschließungsstraße festgesetzt. Die Regelbreite beträgt 6,50 m.

**8. UNTERIRDISCHE HAUPTABWASSERLEITUNG HIER: EVS-HAUPTSAMMLER**  
GEM. § 9 ABS.1 NR. 13 BAUGB

Siehe Plan.

Der Verlauf des EVS- Hauptsammlers wird gem. seiner Lage als unterirdische Entsorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen.

**9. UNTERIRDISCHE VERSORGUNGSLEITUNGEN; HIER: 110-KV-FREILEITUNG**  
GEM. § 9 ABS.1 NR. 13 BAUGB

Siehe Plan.

Der Verlauf der 110-kV-Freileitung der VSE Verteilnetz GmbH wird gem. ihrer Lage als oberirdische Versorgungsleitung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.

**10. PRIVATE GRÜNLÄCHEN**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB

Siehe Plan.

Innerhalb der festgesetzten privaten Grünflächen sind die bestehenden Gehölze wenn möglich zu erhalten. Darüber hinaus sind die privaten Grünflächen gärtnerisch anzulegen und zu gestalten. Die Anlage von Mulden-Rigolen-Systeme (MRS) zur Versickerung sowie eines Retentionsbeckens zur Zwischenspeicherung des Niederschlagswasser sind zulässig.

**11. MIT LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN**  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB

Siehe Plan.

Die deckungsgleich mit dem Schutzstreifen, 20 m beidseits, entlang der 110-kV-Freileitung liegende Flächen sind mit Leitungsrechten zugunsten der VSE Verteilnetz GmbH als Versorgungsträger zu belasten.  
Wesentliche Veränderungen des bestehenden Geländeeinbaus, insbesondere Aufschüttungen zur Herstellung eines Planums, bedürfen innerhalb des Schutzstreifens der Zustimmung der VSE-Verteilnetz GmbH vorherigen Zustimmung.  
Im Bereich des Leitungsschutzstreifens ist eine maximale Bauhöhe von 10 m, bezogen auf die Oberkante der privaten Erschließungsstraße, grundsätzlich möglich, sofern:  
• die Oberkante der Freileitungsbahn annähernd dem derzeitigen Geländeeinbau entspricht.  
• die Gebäude über eine harte Bedachung nach DIN 4102, Teil 7, verfügen.  
Bei der Gestaltung der Grünflächen ist darauf zu achten, dass nur Bäume und Sträucher zur Bepflanzung vorgesehen werden dürfen, die den Bestand der Leitungen nicht gefährden. Notwendige Rückschnitte an oder die Entfernung von leitungsgefährdenden Gehölzen sind in jedem Fall durch den Eigentümer zu vertreten.

Siehe Plan.

**12. GRENZE DES RÄUMLICHEN GEALTUNGSBEREICHES**  
GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Siehe Plan.

### KENNZEICHNUNG GEM. § 9 ABS. 5 BAUGB

- Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Altlastverdachtsfläche VK\_6665 „ehemalige Schlackenaufbereitung“ sowie Altlast VK\_6650 „Kraftwerk Wehrden“. Eine Verrieselung von Niederschlagswasser in den v.g. Bereichen ist nur dann zulässig, wenn durch ein nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz zugelassenen Sachverständigen mögliche Gefahren der Mobilisierung von Schadstoffen ausgeschlossen wurde.

## FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN (§ 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. LBO UND SWG)

**Abwasserbeseitigung** (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)

- Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern.
- Schmutzwasser sind dem vorhandenen Abwasserkanal der Kurt-Nagel-Straße zuzuführen.
- Unbelastetes Niederschlagswasser der versiegelten Dachflächen ist über die belebte Bodenzone durch Mulden-Rigolen-Systeme (MRS) auf dem Baugrundstück zu versickern oder in einem Retentionsbecken zwischenspeichern und gedrosselt in den nahegelegenen Vorfluter (Saar) einzuleiten. Hierzu ist ein Antrag auf Erteilung einer wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 10 WHG beim Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz einzureichen.
- Die Unschädlichkeit im Bereich der entsprechend gekennzeichneten Altlastflächen ist durch einen nach § 18 BBodSchG anerkannten Gutachter nachzuweisen.

**Örtliche Bauvorschriften** (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 85 Abs. 4 LBO)

- Dacheindeckung: Zulässig sind Dacheindeckungen in roter, grauer oder schwarzer Farbe einschließlich aller Zwischentöne hiervon. Dacheindeckungen in glänzenden reflektierenden Materialien sind unzulässig. Außerdem sind Dachbegrünungen zulässig. Bei Gebäuden, die Energie aus Solaranlagen gewinnen, sind Abweichungen zulässig.
- Werbeanlagen: Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Fremdwerbung ist unzulässig. Ausgenommen hiervon sind gemeinsame Hinweiswieschilde oder -tafeln mehrerer Betriebe (Sammel-Hinweiswieschilde, Werbeflyer). Innerhalb des Plangebietes ist nur ein solches Hinweiswieschilde / ein Werbeflyer zulässig. Die Höhe des Hinweiswieschildes / des Werbeflyers darf max. 10,0 m über Geländeoberkante betragen. Unzulässig sind Wechselbild-Werbeanlagen, blinkende Leuchtreklamen sowie zeitweise und sich ständig bewegende Werbeanlagen.

### HINWEISE

- Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB finden entsprechend Anwendung. Der Plan wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2a BauGB, von der Umweltprüfung nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
- Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
- Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht und das befristete Verbot von Bodenfundus gem. § 12 SdSchG wird hingewiesen.
- Für das Plangebiet liegen keine Luftbilder oder sonstige Unterlagen vor, die eine Kampfmittelbelastung für den Planungsbereich dokumentieren. Somit ist es nicht möglich, Aussagen zu möglichen Kampfmitteln im Bereich der geplanten Baumaßnahme zu machen. Das Vorhandensein von Kampfmitteln kann somit nicht ausgeschlossen werden. Sollten Kampfmittel gefunden werden, so ist über die zuständige Polizeidienststelle der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.
- Der Geltungsbereich befindet sich im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession. Aus den Unterlagen geht jedoch nicht hervor, ob diesbezüglich unter diesem Gebiet Bergbau umgegangen ist. Das Oberbergamt des Saarlandes bittet daher, bei Ausschachtungsarbeiten auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und uns dies gfls. mitzuteilen.

Folgende Hinweise sind so lange gültig, wie die westlich angrenzenden Bahnanlagen betrieben und entsprechend gewidmet sind.

- Photovoltaik- bzw. Solaranlagen sind blendfrei zum Bahnbetriebsgelände hin zu gestalten. Sie sind so anzuordnen, dass jegliche Blendwirkung ausgeschlossen ist. Sollte sich nach der Inbetriebnahme eine Blendung herausstellen, so sind vom Bauherrn entsprechende Abschirmungen anzubringen.
- Die Deutsche Bahn AG sowie die auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen sind hinsichtlich Staubeinwirkungen durch den Eisenbahnbetrieb (z. B. Bremsabrieb) sowie durch Instandhaltungsmaßnahmen (z. B. Schleifrückstände beim Schienenschleifen) von allen Forderungen freizustellen.
- Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus Schäden und Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit der Anlage (Schattenwurf usw.), die auf den Bahnbetrieb zurückzuführen sind, keine Ansprüche gegenüber der DB AG sowie bei den auf der Strecke verkehrenden Eisenbahnverkehrsunternehmen geltend gemacht werden können.
- Bei Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen (z.B. Baustellenbeleuchtung, Parkplatzbeleuchtung, Leuchtwerbung aller Art etc.) in der Nähe der Gleise oder von Bahnübergängen etc. hat der Bauherr sicherzustellen, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen sind und Verblendschirmen, Überdeckungen und Vorrichtungen von Signalbildern nicht vorkommen. Sollte sich nach Inbetriebnahme der Reklameeinrichtung herausstellen, dass es doch zu Beeinträchtigungen der Signalsicht kommt, ist DB seitig mit einem Widerruf der Zustimmung bzw. mit Einschränkungen oder Abänderungen zu rechnen.
- Dach-, Oberflächen- und sonstige Abwässer dürfen nicht auf oder über Bahnbetriebsflächen abgeleitet werden. Sie sind ordnungsgemäß in die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Einer Versickerung in Glei snähe wird seitens der Deutschen Bahn AG nicht zugestimmt.

### GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) (Verfahren), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298) (Satzung).
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Mai 2017 (BGBl. I S. 1298).
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 122 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626).
- Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 101 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474).
- Saarländisches Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 632).
- § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 376).
- Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz - (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790).
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts) vom 19. Mai 2004 (Amtsbl. S. 1498), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsblatt I S. 790).
- Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsbl. I 2014 S. 2).
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBoSchG) vom 20. März 2002, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsbl. S. 2393).

### VERFAHRENSVERMERKE

- Der Stadtrat der Mittelstadt Völklingen hat am 15.12.2016 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „VIII/54 Gewerbegebiet Handwerker Park“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 03.05.2017 ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

Völklingen, den **01.09.2017**

(Lorig)

Oberbürgermeister

- Der Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht durchgeführt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 11.05.2017 bis einschließlich 12.06.2017 öffentlich ausgelegen (§ 13a BauGB, § 13 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, ein Antrag unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden (§ 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (alte Fassung) i.V.m. § 233 Abs. 1 BauGB), aber hätten geltend gemacht werden können, am 03.05.2017 ortsüblich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 28.04.2017 von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 2 BauGB § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 12.06.2017 zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Bürgerinnen und Bürger, Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am 31.08.2017. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

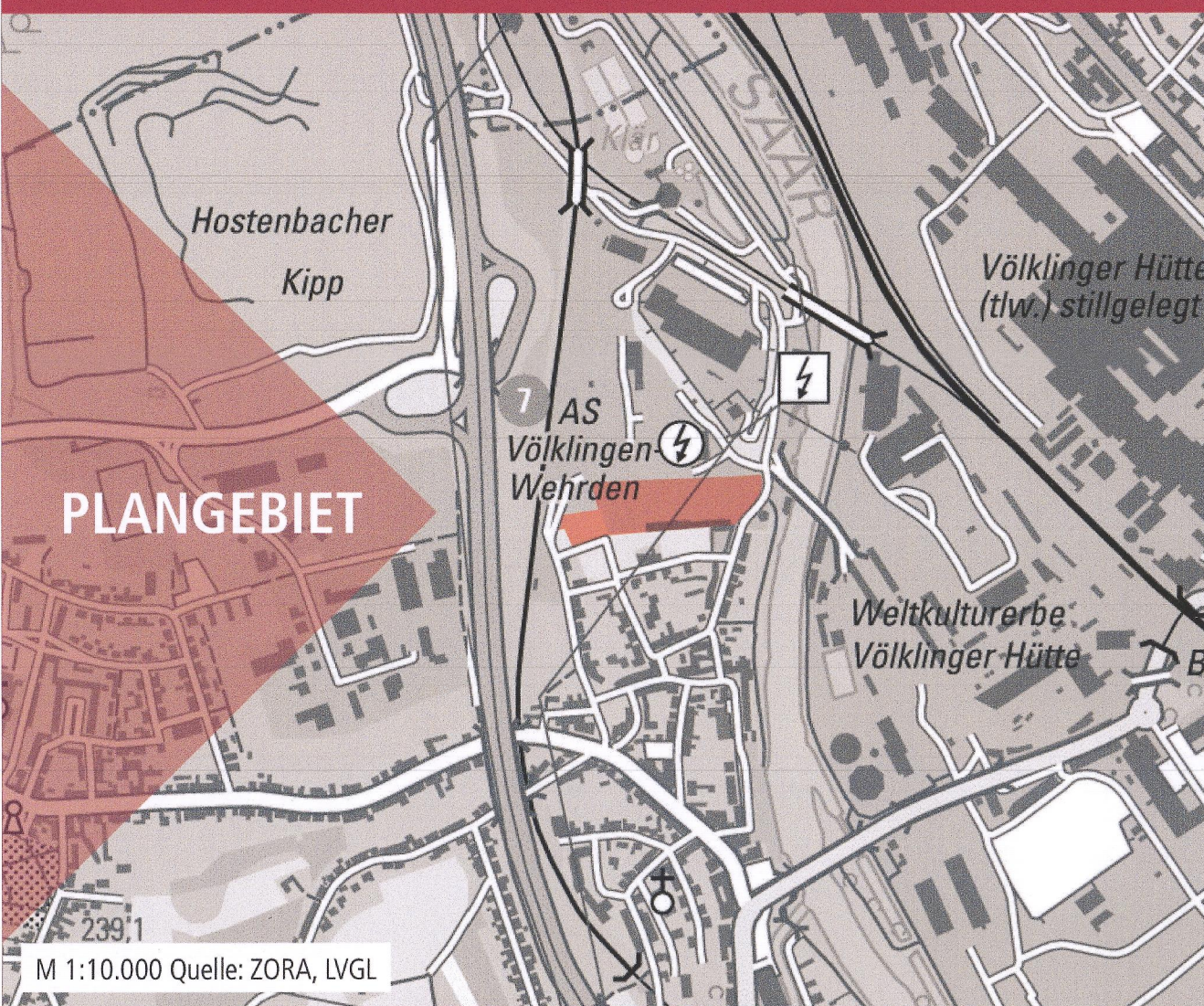
Völklingen, den **11.05.2017**

(Lorig)

Oberbürgermeister

## Bebauungsplan VIII/54 „Gewerbegebiet Handwerker Park“

Bebauungsplan in der Mittelstadt Völklingen, Stadtteil Wehrden



Bearbeitet im Auftrag der  
ARI Vermögensverwaltungs GmbH  
Am Marienhof 30  
66740 Saarouis

Stand der Planung: 24.08.2017

**SATZUNG**

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH  
Kirchenstraße 12 - 66557 Illingen  
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70  
email: info@kemplan.de

Geschäftsführer:  
Dipl.-Ing. Hugo Kern  
Dipl.-Ing. Sarah End

Maßstab 1:1000 im Original  
Verkleinerung ohne Maßstab

0 10 50 100

KERN PLAN